Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen am **14.03.2000**, Tagungsort Sitzungssaal der Marktgemeinde Waizenkirchen im Schloss Weidenholz.

Anwesende

1. Vbgm. Rudolf Weinzierl, Fadingerstr. 23	ÖVP
2. GVM. Alfred Schauer, Feldweg 2	ÖVP
3. GVM. Rudolf Hinterberger, Schurrerprambach 5	ÖVP
4. GVM. Josef Mayr, Stillfüssing 9	ÖVP
5. GVM. Hermann Hebertinger, Thallham 4	SPÖ
6. GVM. Peter Reichert, Klosterstr. 16	FPÖ
7. GR. Wolfgang Degeneve, Jäbergasse 19	ÖVP
8. GR. Margret Haider, Moospolling 9	ÖVP
9. GR. Klaus Schatzl, Fasanweg 6	ÖVP
10. GR. Gabriele Vierziger, Thallham 12	ÖVP
11. GR. Josef Mair, Willersdorf 3	ÖVP
12. GR. Markus Huemer, Willersdorf 7	ÖVP
13. GR. Herbert Fleischanderl, Inzing 19	ÖVP
14. GR. Franz Scheiterbauer, Dittenbach 6	ÖVP
15. GR. Karl Faltyn, Jäbergasse 17	SPÖ
16. GR. Franz Helmhart, Keppling 10	SPÖ
17. GR. Erwin Weissenböck, Unterwegbach 29 (bis TOP. 15.)	SPÖ
18. GR. Gertraud Seitz, Zellerstr. 5	FPÖ
19. GR. Rudolf Mair, Fadingerstr. 27	LF&U
20. GR. Ing. Andreas Aumayr, Webereistraße 2	LF&U

Ersatzmitglieder:

Ers. Helmut Auinger, Keppling 11 f. Bgm. Ing. Josef Dopler	ÖVP
Ers. Erna Humberger, Fadingerstr. 6 für GR. Max Petric	ÖVP
Ers. Rudolf Lehner-Dittenberger, Punzing 8 f. GR. Hubert Steiner	ÖVP
Ers. Helmut Ehrenguber, Imperndorf 6 für GR. Stefan Leithinger	SPÖ
Ers. Dietmar Schmutzhart, Marktplatz 8 für GR. Reinhold Jaudas	FPÖ

Entschuldigt:

Bgm. Ing. Josef Dopler, Hausleiten 25	ÖVP
GR. Max Petric, Fadingerstraße 16	ÖVP
GR. Hubert Steiner, Grillparz 2	ÖVP
Ers. Roman Gföllner, Thallham 7	ÖVP
Ers. Raimund Burgstaller, Oberwegbach 8	ÖVP
Ers. Herbert Jany, Ritzing 11	ÖVP
GR. Stefan Leithinger, Aschach 5	SPÖ
Ers. Helga Mair, Oberviehbach 6	SPÖ
Ers. Dipl.Ing. Leonhard Bell, Auweidenholz 2	SPÖ
GR. Reinhold Jaudas, Schulberg 5	FPÖ
Ers. Walter Hötzel, Röckendorferholz 2	FPÖ
Ers. Adolf Baschinger, Oberviehbach 8	FPÖ

Der Leiter des Gemeindeamtes: Amtsleiter OAR. Rudolf Kaltenböck

Der Schriftführer: VB. Josef Rabeder

Der Vorsitzende eröffnet sodann um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm, dem Vize-Bürgermeister einberufen wurde;
- b) die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder zeitgerecht schriftlich am 6.3, 10.3 und 13.3.2000 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist,
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 6.3.2000 öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 6.3.2000 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Der Vorsitzende berichtet, dass das Gemeinderats-Ersatzmitglied Dietmar Schmutzhart noch anzugeloben ist.

Herr Vbgrm. Weinzierl verliest die Gelöbnisformel:

„Ich gelobe, die Bundes- und Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Herr Dietmar Schmutzhart antwortet daraufhin dem Vorsitzenden per Handschlag mit den Worten „Ich gelobe“ .

Zuweisungen:

- ❖ Wilhelm u. Gabriele Koblinger; Ansuchen um Ausbau des öffentl. Gutes Nr. 3095/10, KG. Waizenkirchen – an den Straßenausschuss
- ❖ Abwasserbeseitigungsanlage BA 06; Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn – an den Bauausschuss
- ❖ Dr. Manfred Reininger, Klosterstr. 5; Beendigung der kassenärztlichen Tätigkeit mit 30. Juni 2000 – an den Sanitätsausschuss
- ❖ Ornezeder Friederike u. Hinterreiter Katharina, Linz; Ansuchen Flächenwidmung – an den Ausschuss für Raumplanung, Ortsentwicklung und Landwirtschaft
- ❖ Arch. Englmaier, Flächenwidmungsplanüberarbeitung/Aufschließungsbeiträge im Bauland gem. §§ 25 u. 26, OÖ. ROG – an den Ausschuss für Raumplanung, Ortsentwicklung und Landwirtschaft
- ❖ Franz u. Erika Helmhart, Kepling 10; Einspruch gegen die Nichtumwidmung des Grundst.Nr. 1581/2, EZ. 824, KG. Waizenkirchen in Dorfgebiet – an den Ausschuss für Raumplanung, Ortsentwicklung und Landwirtschaft
- ❖ Gehsteigerrichtung nach Inzing im Zuge des Kanalbaues – an den Straßenausschuss
- ❖ Durchzugsverkehr Fellingerstraße; Fahrverbotsantrag – an den Straßenausschuss

Dringlichkeitsantrag

Herr Vizebürgermeister Rudolf Weinzierl berichtet, dass er folgenden Dringlichkeitsantrag einzubringen hat:

Gegenstand: **Abänderung der Altenheimgebührenordnung – Beratung und Beschlussfassung**

Begründung der Dringlichkeit:

Die Entgelttarife wurden seinerzeit alle inklusive der Mehrwertsteuer festgelegt. Die Bestimmungen des § 25 der Oö. Altenheim- und Pflegeheimverordnung ermöglichen aber den Aufschlag auf die 80 % Anteile des jeweiligen Pflegegeldes. Um bereits ab 1.4.2000 die Pflegezuschläge einheben zu können, soll die Angelegenheit noch in der heutigen Sitzung behandelt werden.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 25 Mitglieder.
 Dem Antrag wird somit einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt und als TOP 17.) behandelt.

Tagesordnung:

- 1) Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung für das Finanzjahr 1999; Beratung und Beschlussfassung
- 2) Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses vom 07.12.1999 – Kenntnisnahme
- 3) Abänderung der Feuerwehrtarifordnung; Beratung und Beschlussfassung
- 4) Grundankauf zur Friedhoferweiterung (Kaufvertragsabänderung); Beratung und Beschlussfassung
- 5) Darlehensaufnahme zur Finanzierung des Friedhofgrundankaufes; Beratung und Beschlussfassung
- 6) Grundankauf zur Friedhoferweiterung – Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung
- 7) Personalangelegenheiten
- 8) Fischereiverpachtung Michaelnbach/Krumbach/Moospollingerbach
 - a) Abschluss einer Vereinbarung mit Frau Fraungruber zur Auflösung des bestehenden Pachtverhältnisses
 - b) Festlegung der Bedingungen für die Neuverpachtung
- 9) Erweiterung der Abwasserbeseitigungsanlage Waizenkirchen BA 06 – Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung
- 10) Erweiterung der Wasserversorgungsanlage Waizenkirchen BA 02; Erhöhung des Darlehens des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds; Annahmeerklärung
- 11) Ansuchen der Linzer Lokalbahn AG um Gewährung einer Förderung für das Jahr 2000 – Beratung und Beschlussfassung
- 12) Erlassung einer Verordnung zur Auflassung des öffentlichen Gutes Wegparzelle Nr. 297; KG Manzing – Beratung und Beschlussfassung
- 13) Ankauf der Liegenschaft Schulberg 11; Beratung und Beschlussfassung
- 14) Antrag der FPÖ – Gemeinderatsfraktion – Vergabe von Planungsarbeiten
- 15) Antrag der SPÖ – Gemeinderatsfraktion – Abschluss eines Vertrages mit der CARITAS für den Betrieb einer Ganztagesbetreuung des Kindergartens
- 16) Antrag der LF & U – Gemeinderatsfraktion

- a) Initiativantrag für eine einheitliche Kurzparkzone am Marktplatz
 - b) Initiativantrag für eine 30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung am Marktplatz
 - c) Initiativantrag für ein Schwerverkehrsfahrverbot am Marktplatz
- 17) Abänderung der Altenheimgebührenordnung – Beratung und Beschlussfassung; DRING-
LICHKEITSANTRAG
- 18) Allfälliges

Vor Eingang in die Tagesordnung berichtet Herr VbGM. Weinzierl, dass er den Tagesordnungspunkt Nr. 12.) von der Tagesordnung absetzt, weil die Angelegenheit noch nicht beschlussreif ist.

Beratung und Beschlussfassung:

Zu Pkt. 1.) der TO.: Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung für das Finanzjahr 1999; Beratung und Beschlussfassung

Herr Vizebürgermeister Rudolf Weinzierl berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Vom Gemeindeamt wurde der Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 1999 wieder rechtzeitig erstellt. Der Prüfungsausschuss hat am 28.02.2000 eine eingehende Prüfung vorgenommen. Der vom Prüfungsausschuss überprüfte Rechnungsabschluss ist in der Zeit vom 28.02.2000 bis 13.03.2000 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

Während der Auflagefrist wurden dagegen keine schriftlichen Erinnerungen eingebracht.

Der Gesamtschuldenstand hat sich gegenüber 1998 um S 2.452.744,43 auf S 60.316.136,80 verringert. Es wird festgehalten, dass rund S 45.978.000,-- von den umgegliederten Betrieben Altenheim, Kanal- und Wasserleitungsbau stammen.

Durch die Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen konnten erfreulicherweise die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt von S 2.839.000,-- im Nachtragsvoranschlag auf S 3.962.472,74 erhöht werden.

Neben den Mehrzuführungen konnten auch Rücklagenzuführungen von gesamt S 1.000.000,-- (S 500.000,-- Wasserversorgung und S 500.000,-- LKW-Ankauf) vorgenommen werden.

Allen Mitgliedern des Gemeinderates ist mit der Sitzungseinladung ein Kurzbericht über die Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung für das Finanzjahr 1999 zugegangen.

Aufgrund des einstimmigen Prüfungsausschussbeschlusses wird dem Gemeinderat nachstehender Antrag zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

KASSEN-, HAUSHALTS- Und VERMÖGENSRECHNUNG

für das Finanzjahr 1999

A) KASSENRECHNUNG

Stand am Ende des Finanzjahres

(IST-Bestand am 31.1.2000)

		Schilling
Gemeindekasse bar; Zahlungsweg 3	+	6.079,75
Sparkasse Eferding-Waizenkirchen; ZW. 4	-	1.277.600,95
Raika Prambachkirchen-Waizenkirchen ZW. 5	+	58.047,61
Postsparkasse; ZW. 6	+	30.317,40
Schließlicher Kassenstand	-	<u><u>1.183.156,19</u></u>

Ist-Überschüsse und Ist-Fehlbeträge

Ist-Fehlbetrag Ordentl.Haushalt	-	68.859,63
Ist-Fehlbetrag Außerordentl.Haushalt	-	1.239.062,22
Ist-Überschuss Verwahrgeld	+	1.888.671,95
Ist-Abgang Vorschüsse	-	486.305,34

B) HAUSHALTSRECHNUNG

Jahressoll

1) Ordentlicher Haushalt

	Einnahmen	Ausgaben
0 Vertretungskörper u. Allg.Verw.	784.084,97	9.595.412,74
1 Öffentl. Ordnung und Sicherheit	36.992,02	742.936,35
2 Unterricht, Erziehung, Sport	5.037.093,34	12.177.505,64
3 Kunst, Kultur und Kultus	9.350,00	1.116.449,39
4 Soziale Wohlfahrt u. Wohnbauförd.	141.554,36	4.246.398,99
5 Gesundheit	519.368,30	5.204.547,60
6 Straßen, Wasserbau, Verkehr	3.018.614,59	5.329.203,49
7 Wirtschaftsförderung	12.016,80	199.573,29
8 Dienstleistungen	27.139.507,32	26.448.295,00
9 Finanzwirtschaft	34.074.265,95	5.368.988,31
Summe der Jahreseinnahmen	70.772.847,65	70.429.310,80
Soll-Überschuss laufendes Jahr		343.536,85

Gesamtsumme**70.772.847,65****70.772.847,65****2) Außerordentlicher Haushalt****inklusive Soll-Überschüsse und Fehlbeträge Vorjahr**

	Einnahmen	Ausgaben
Freiw. Feuerwehr Waizenkirchen	46.000,00	46.000,00
Schulbau	16.500.000,00	17.271.583,56
Musikprobenlokal	400.000,00	400.000,00
Zu- und Umbau Kindergarten	-	69.035,10
Gemeindestraßenausbau	1.316.537,96	1.316.537,96
Siedlungsstraßen/Ortschaftswege/Gehsteigbau	879.332,44	879.332,44
Güterweg Voglhuber	216.720,00	216.720,00
Güterweg Gschwendt	660.200,50	660.200,50
Güterweg Maier – Dittenbach	52.440,00	52.440,00
Güterweg Weissenmüller	141.510,00	641.510,00
Güterweg Schöfdopler-Auer	249.450,00	949.450,00
Güterweg Weberschneider	30.040,00	30.040,00
Güterweg Stillfüssing	344.039,80	344.039,80
Güterweg Edt	259.865,00	259.865,00
Wasserverband Prambachkirchen u. U.	2.184,00	2.184,00
Reinhalteverband Aschachtal BA 01	549.840,00	1.620.299,66
Reinhalteverband Aschachtal BA 02	124.700,00	433.430,94
Reinhalteverband Aschachtal BA 03	27.550,00	124.620,91
Kinderspielplatz-Funcourt	235.149,11	405.149,11
Wasserversorgungsanlage	400.699,59	400.699,59
Abwasserbeseitigung - Sanierung	175.243,33	175.243,33
Abwasserbeseitigung -BA 06	807.235,53	807.235,53
Altenheim	-	500.000,00
Zwischenkredit Schulbau/GW Weissenmüllerweg	3.500.000,00	3.000.000,00

Zwischenkredit GW Schöfdopler-Auer	900.000,00	200.000,00
Gesamtsumme:	27.818.737,26	30.805.617,43
Soll-Abgang laufendes Jahr	2.986.880,17	
	30.805.617,43	30.805.617,43

C) SCHULDEN	Stand am 31.12.1999	Schilling
I	Schulden, deren Schuldendienst mehr als zur Hälfte aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen wird:	10.045.000,00
II	Schulden, deren Schuldendienst zur Gänze oder mindestens zur Hälfte durch Gebühren gedeckt wird:	45.978.766,80
III	Schulden für andere Gebietskörperschaften, deren Schuldendienst zur Gänze oder mindestens zur Hälfte rückerstattet wird:	3.506.000,00
IV	Schulden für sonstige Rechtsträger, deren Schuldendienst zur Gänze oder mindestens zur Hälfte rückerstattet wird:	786.370,00
	Summe I-IV = Gesamtschuldenstand am 31.12.1999	60.316.136,80

D) VERMÖGENSRECHNUNG Schilling

Vermögensgruppen

0	Vermögen der allg. Verwaltung	24.211.455,48
1	Vermögen der öffentl. u. betriebsähnln.Einr.	111.108.244,10
3	Finanzvermögen (ohne Liegenschaften)	3.367.937,46
4	Liegenschaftsbesitz	8.794.308,00
	Inventar lt. Inventarbestandsrechnung	<u>18.926.803,28</u>
	Vermögen insgesamt	166.408.748,32
	abzüglich Schulden insgesamt	<u>60.316.136,80</u>
	Unterschied zwischen Vermögen und Schulden	+ 106.092.611,52

Schuldendienst 1999 gesamt	7.271.346,67
davon Tilgung	6.157.018,43
davon Zinsen	1.114.328,24
davon Schuldendienstsätze vom Land Oö	500.000,00
Nettoaufwand 1999 daher	6.771.346,67
Zugang (Neuaufnahme)	3.704.274,00

Betriebsmittelrücklagen

Stand am Ende des Finanzjahres	
Aschacherhaltung	7.431,29
Wasserversorgungsanlage	820.000,00
LKW-Ankauf	500.000,00

Gesamtsumme	<u>1.327.431,29</u>
-------------	---------------------

Der Soll-Überschuss in Höhe von S 343.536,85 ist aufgrund des Vorschlages des Gemeindevorstandes für den Zu- und Umbau des Kindergartens zu verwenden.

Debatte:

Herr GVM. Hebertinger stellt die Anfrage, ob der Rechnungsabschluss vom Prüfungsausschuss geprüft wurde und ersucht um Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.
Herr Vbgm. Weinzierl verliest daraufhin den Prüfungsbericht:

1) Prüfung der Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung für das Jahr 1999

Die Prüfung erfolgte anhand des vorliegenden Rechnungsabschlusses, der Kontoauszüge vom 31.1.2000, der Sparkasse Eferding-Waizenkirchen, der Raiffeisenkasse Prambachkirchen-Waizenkirchen, des Kontoauszuges der Österr. Postsparkasse vom 26.1.2000 sowie des Kassabuches. Zuerst wurde der Kassen IST-Bestand festgestellt. Die nachstehend angeführten Summen stimmen mit den Kontoauszügen, dem Kassabuch und den Summen der Nachweisung des IST-Bestandes im Rechnungsabschluss überein.

IST-Bestand Auslaufmonat Jänner Finanzjahr 1999 und Jänner Finanzjahr 2000 zusammen:

Gemeindekasse bar.....	S +	9.051,15
Sparkasse Eferding-Waizenkirchen.....	S -	2.225.122,55
Raiffeisenkasse Prambachkirchen.....	S -	215.737,61
Österr. Postsparkasse.....	S +	36.832,18

IST-Bestand des abgelaufenen Jahres 1999

Gemeindekasse bar.....	S +	6.079,75
Sparkasse Eferding-Waizenkirchen.....	S -	1.277.600,95
Raiffeisenkasse Prambachkirchen.....	S +	58.047,61
Österr. Postsparkasse.....	S +	30.317,40
Schließlicher Kassenbestand.....	S -	1.183.156,19

Anschließend wurden die Gesamtsummen der Ordentlichen Einnahmen und Ausgaben, der Außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben sowie der Vorschüsse und Verwahrgelder festgestellt.

Nun wurden die größeren Abweichungen zum Voranschlag Finanzjahr 1999, die über S 10.000,-- und mehr als 5 % betragen überprüft und festgestellt, ob diese Abweichungen erforderlich und gerechtfertigt sind bzw. ob die jeweiligen Ausgaben unbedingt in dieser Höhe notwendig waren und ob die veranschlagten Einnahmen erreicht wurden.

Dazu teilte der Prüfungsausschuss mit, dass die bereits begründeten Beilagen der Abweichungen in Hinblick den Mitgliedern des Prüfungsausschusses spätestens einen Tag vor der Prüfung der Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung übermittelt werden sollen, damit sie bei der Prüfung darüber bereits informiert sind und gezielte Fragen stellen können.

An Zuführungen zum Außerordentlichen Haushalt konnten S 3.930.203,26 zugeführt werden.

Nun wurden vom Ordentlichen Haushalt einige Teilabschnitte, u.a. Volks- und Hauptschule, Schülerverspeisung, Feuerwehren, Kindergarten, Musikschule, Krankenanstaltenbeitrag, Gemeindestraßen, Bauhof, Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Förderung von Handel und Gewerbe, Müllbeseitigung, Fuhrpark, Wohn- und Geschäftsräume, Wasserversorgung und Altenheim stichprobenweise überprüft und in Ordnung befunden.

Die Überprüfung der Rücklagen für die Aschacherhaltung ergab am Ende des Haushaltsjahres S 7.431,29, für die Wasserversorgung S 820.000,-- (S 500.000,-- Zugang FJ 1999) sowie für den im Finanzjahr 2000 geplanten bzw. präliminierten LKW-Ankauf S 500.000,-- (Bildung FJ 1999).

Der Schuldenstand beträgt am Ende des Finanzjahres S 60.316.136,80. An Darlehen wurden im abgelaufenen Finanzjahr S 3.704.274,-- aufgenommen. In diesem Betrag ist das an die Sparkasse Eferding-Waizenkirchen zurückgezahlte Zwischenfinanzierungsdarlehen für den Schulbau (Ankauf Mobilien) enthalten, das bei der Öst. PSK als langfristiges Darlehen wieder aufgenommen wurde. Der Schuldendienst

insgesamt beträgt S 7.271.346,67, davon sind für Tilgungen S 6.157.018,43 (darin ist auch das an die Sparkasse Eferding-Waizenkirchen zurückgezahlte Darlehen in der Höhe von S 3.000.000,-- für die Schule enthalten) und für Zinsen S 1.114.328,24 aufgewendet worden. An Schuldendienstesätzen erhielt die Gemeinde vom Land OÖ S 500.000,-- (Altenheim). Somit ergibt sich am Ende des Finanzjahres ein Nettoaufwand von S 6.771.346,67.

Im Nachweis über den Stand der noch nicht fälligen Verwaltungsforderungen (Darlehensforderungen für Bezugsvorschüsse) ergibt sich ein Stand am Ende des Finanzjahres 1999 von S 122.700,--.

Der Stand an Wertpapieren (Combirent) beträgt am Ende des Finanzjahres 1999 S 181.706,17.

Der Stand an Beteiligungen (u.a. Grundkauf ISG) beträgt am Ende des Finanzjahres 1999 S 1.736.100,--.

Der Stand an Haftungen (3,1 % Anteil an Wasserwirtschaftsfondsdarlehen des Wasserverbandes Pram-bachkirchen und Umgebung sowie 22,91 % und 14,5 % Anteil an Darlehen des Reinhaltverbandes Aschachtal) beträgt am Ende des Finanzjahres 1999 S 29.854.786,--.

In der Zusammenfassung der Vermögensrechnung ergibt sich ein Vermögensstand am Ende des Finanzjahres 1999 von S 166.408.748,32.

Die AOH-Vorhaben konnten größtenteils ausgeglichen werden, die verbleibenden Soll-Fehlbeträge werden teilweise mit bereits zugesagten Zuschüssen und Zuweisungen vom Land abgedeckt.

Bei den Ertragsanteilen erhielt die Gemeinde statt der veranschlagten S 23.684.000,-- nun doch S 23.793.843,--.

Die Gemeindesteuern erreichten in etwa die veranschlagte Höhe, bei der Kommunalsteuer konnten um S 53.126,76 mehr zum Soll gestellt werden, bei der Getränkesteuer jedoch wurden gegenüber dem veranschlagten Betrag um S 143.532,52 weniger zum Soll gestellt.

Obwohl es möglich war, an die AOH-Vorhaben höhere Zuführungen als im Nachtragsvoranschlag vorgesehen, durchzuführen und auch noch eine Rücklage für den LKW-Ankauf gebildet wurde, schloss der Ordentliche Haushalt mit einem Soll-Überschuss von S 343.536,85 ab.

Der Schriftführer und Kassenleiter Alois Borstnar brachte nun den Mitgliedern des Prüfungsausschusses die einzelnen AOH-Vorhaben zur Gänze zur Kenntnis. Weiters teilte der Prüfungsausschuss mit, dass in Hinkunft Förderungen an örtliche Vereine nach Aktivität und finanzielle Notwendigkeit gewährt werden sollen. Auch ist weiterhin zu trachten, dass Rückstände von Zahlungspflichtigen ehestens eingefordert werden und größere Rückstände dem Bürgermeister mitgeteilt werden.

Aus Gründen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sind in Hinkunft Architektenausschreibungen an mehrere Architekten vorzunehmen.

Nun wurde noch festgestellt, dass die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit eingehalten wurden.

Die wesentlichsten Daten bzw. Zahlen sind in einem Kurzbericht zusammengefasst, der diesem Prüfungsbericht beiliegt.

Der Prüfungsausschuss stellte somit keine Unstimmigkeiten fest. Die Bücher und Aufzeichnungen wurden genau, übersichtlich und sauber geführt.

Somit beschließt der Prüfungsausschuss einstimmig, dem Gemeinderat die vorliegende und überprüfte Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung für das Finanzjahr 1999 zur Genehmigung vorzulegen.

Herr GVM. Reichert stellt die Anfrage, wie es nach dem Wegfall der Getränkesteuer in der Höhe von 1,5 Mio. Schilling weitergehen solle.

Der Amtsleiter erklärt, dass alle Steuerpflichtigen, die einen Antrag auf Rückzahlung eingebracht haben, noch vor dem 9. März einen Bescheid erhalten haben. Dies war noch möglich, weil in den Monaten Jänner und Februar die Getränkesteuerprüfung stattgefunden hat. Ob Rückzahlungen zu tätigen sein werden, ist derzeit noch nicht entschieden. Die Gemeinde hat aber ihrerseits alle rechtlichen Möglichkeiten ausgenutzt und die Formalerfordernisse erbracht.

Herr GVM. Reichert stellt weiters die Anfrage, wie andere Länder das Problem mit der Getränkesteuer lösen – haben die mehr Geld und haben sie andere Steuern ?

Herr GR. Aumayr stellt fest, dass es beim Wasserleitungsbau eine Betriebsmittelrücklage in der Höhe von S 820.000,-- gibt. Er regt an, diese Mittel für die Schwundverringerung zu verwenden.

Abstimmung

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 25 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 2.) der TO.: Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses vom 7.12.1999 – Kenntnisnahme

Herr GR. Faltyn bringt namens des Prüfungsausschusses folgenden Prüfungsbericht zur Kenntnis:

„1) Überprüfung, ob die im Voranschlagserslass (Dienststellenplan) des Amtes der OÖ. Landesregierung angeführten Vorgaben im Gemeindevoranschlag für das Haushaltsjahr 2000 berücksichtigt und in diesem identisch übernommen sind.

Gegenstand der Sitzung waren die Voranschlagserslässe vom Land OÖ. – Abt. Gemeinden, vom 9. November 1999 Aktenzeichen: Gem-511001/60-1999-JI/Pü sowie der BH Grieskirchen vom 11. November 1999 Aktenzeichen: Gem40-35-2000, in denen das teilweise erforderliche Zahlenmaterial zur Erstellung des Voranschlages 2000 bekanntgegeben wurde.

Der Obmann bringt den Mitgliedern des Prüfungsausschusses anhand dieser Erlässe die einzelnen Voranschlagsbeträge zur Kenntnis. Gleichzeitig wurde überprüft, ob diese Beträge im vorliegenden Voranschlag für das Finanzjahr 2000 auf den jeweiligen Voranschlagsstellen auch richtig berechnet und veranschlagt sind. Es wurde einstimmig festgestellt, dass die laut den in den Voranschlagserslässen vorgegebenen Beträge mit denen die im Voranschlag der Marktgemeinde Waizenkirchen präliminiert wurden, übereinstimmen. Bei dem im Voranschlag beiliegenden Dienstpostenplan sind jedoch noch Bedienstete enthalten, die nach dem Stand 1. Dezember 1999 jedoch nicht mehr bei der Marktgemeinde Waizenkirchen beschäftigt sind. Laut Mitteilung des als Schriftführer anwesenden Kassenleiter Alois Borstnar sollte der aufgrund einer Erkrankung der Buchhalterin Herta Baumgartner erst am Vortag des Prüfungstages erstellte richtige Dienstpostenplan am heutigen Tag von der Fa. GEMDAT übermittelt werden. Dies ist jedoch nicht geschehen, es wird jedoch in den nächsten Tagen ein vollständiger Voranschlag mit dem nun richtigen Dienstpostenplan allen Gemeinderatsmitgliedern übermittelt. Weiters ersucht der Obmann des Prüfungsausschusses den Schriftführer Alois Borstnar, dem Amtsleiter OAR Rudolf Kaltenböck mitzuteilen, dass er diesem Prüfungsprotokoll noch einen Vergleich zwischen dem von der Landesregierung genehmigten Dienstpostenplanes und den tatsächlich besetzten Dienstposten beilegt. Weiters soll dem Obmann des Prüfungsausschusses bekanntgegeben werden, wo Dienststellen überbesetzt bzw. unterbesetzt sind.

2) Allfälliges

Hier wurde ein in der letzten Sitzung angefordertes Anbot über eine Milchanlieferung in das Altenheim Waizenkirchen vorgetragen und darüber ausführlich und lange debattiert."

Debatte:

Herr GR. Faltyn stellt die Anfrage, ob es Über- oder Unterbesetzungen bei den Dienststellen gibt.

Der Amtsleiter erklärt, dass der Personalstand dem genehmigten Dienstpostenplan entspricht, mit Ausnahme geringfügiger Abweichungen im Altenheim, da dort ein relativ großer Wechsel zu verzeichnen ist.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 25 Mitglieder.
 Der Prüfungsbericht wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt. 3.) der TO.: Abänderung der Feuerwehrtarifordnung; Beratung und Beschlussfassung

Herr Vizebürgermeister Rudolf Weinzierl berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Freiwilligen Feuerwehren werden auch zu Einsatzleistungen und der Beistellung von Geräten angefordert, die außerhalb der durch die OÖ. Feuerpolizeiordnung geregelten Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehren liegen. Durch das Landes-Feuerwehrkommando Oberösterreich wurden die in der bisherigen Tarifordnung 1995 festgelegten Tarifsätze überarbeitet und an die derzeitigen Lohn- und Preisverhältnisse angepasst. Mit Erlass des Amtes der O.ö. Landesregierung, Gem-010.047/2-1999-JI/Pü vom 11.01.2000 wurden die Gemeinden aufmerksam gemacht, dass für die Anwendung der neuen Tarifsätze die Beschlussfassung durch den Gemeinderat erforderlich ist.

Der Gemeindevorstand befasste sich in seiner Sitzung am 01.02.2000 mit der Vorberatung der gegenständlichen Angelegenheit. Er empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung des folgenden Antrages:

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Tarifordnung für entgeltliche Einsatzleistungen bzw. Beistellungen von Geräten durch Freiwillige Feuerwehren und Betriebsfeuerwehren, kurz Feuerwehrtarifordnung 2000 genannt, wird für den Bereich der Marktgemeinde Waizenkirchen bzw. für die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde beschlossen. Diese Tarifordnung ist anzuwenden, wo die Freiwilligen Feuerwehren zu Einsatzleistungen oder Gerätebeistellungen angefordert werden, die nicht in ihrem Aufgabenbereich (Brandeinsätze oder Katastrophenhilfsdienst) liegen. Die Tarifordnung tritt mit 01.04.2000 in Kraft. Die bisher geltende Feuerwehr-Tarifordnung 1995 tritt dadurch gleichzeitig außer Kraft. Die nach der Tarifordnung (Besonderer Teil A) verrechneten Mannschaftsgebühren werden der jeweiligen Feuerwehr für die Mannschaftskasse überwiesen.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 25 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 4.) der TO.: Grundankauf zur Friedhofserweiterung (Kaufvertragsabänderung); Beratung und Beschlussfassung

Herr Vizebgm. Rudolf Weinzierl berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Der Friedhof Waizenkirchen ist derzeit voll belegt und es gibt nur mehr ganz wenige freie Grabflächen. Außerdem soll eine Möglichkeit für eine Urnenbestattung geschaffen werden.

Bei der seinerzeitigen Flächenwidmungsplanerstellung wurde das an den bestehenden Friedhof angrenzende Grundstück mit der Sonderwidmung Friedhof ausgewiesen. Durch den geplanten Grundankauf wird neben der notwendigen Friedhofserweiterung auch eine Möglichkeit zur Parkplatzerrichtung geschaffen. Durch die Bautätigkeit auf den Ritzbergergründen ergibt sich die Notwendigkeit eines Kinderspielplatzes für den gesamten Bereich. Die gesamte anzukaufende Fläche beträgt 8.842 m². (Friedhofserweiterung 3.720 m², Friedhofparkplätze 4.167 m² und Kinderspielplatz 955 m²)

Über Ersuchen der Marktgemeinde Waizenkirchen wurde vom Bezirksbauamt Wels mit Bewertungstichtag vom 5.8.1999 ein Wertermittlungsgutachten für die Gesamtfläche erstellt und ein Gesamtkaufpreis von S 3.000.000,-- festgestellt. In den mit den Grundbesitzern geführten Verkaufsgesprächen konnte aber ein Kaufpreis von S 2.420.000,-- ausverhandelt werden (S 273,--/m²).

In der Sitzung des Gemeinderates am 30.09.1999 erfolgte bereits der Grundankauf. Aufgrund eingetretener Verzögerungen durch notwendige gemeindefaufsichtsbehördliche Zustimmungen im Zusammenhang mit der Finanzierung wurde der Kaufvertrags-Entwurf überarbeitet und in den Punkten III., IV. und X. abgeändert.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 29.02.2000 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung des nachstehenden Antrages.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen kauft von Frau Erika Ritzberger, 4070 Eferding, Raffelding 37 und Frau Antonia Wohlschlager, 5101 Bergheim, Hintergitzengeweg 13 die Grundstücke 1358/17, 1358/18, 1358/1 und 1358/3, KG. Waizenkirchen im Gesamtausmaß von 8.842 m² zum vereinbarten Kaufpreis von S 2,420.000,-- (S 273,--/m²) an. Die Flächen sollen für die Friedhofserweiterung, für die Schaffung von Parkplätzen beim Friedhof und für einen Kinderspielplatz im Bereich der Ritzbergergründe dienen.

Ein Kaufvertragsentwurf vom Notariat Dr. Schachner & Partner ist vorbereitet und bildet einen integrierenden Bestandteil der Verhandlungsschrift.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

**Zu Pkt. 5.) der TO.: Darlehensaufnahme zur Finanzierung des Friedhofgrund-
ankaufes; Beratung und Beschlussfassung**

Herr Vizebürgermeister Rudolf Weinzierl berichtet:

Aufgrund des Finanzierungsplanes sind keine Bedarfszuweisungen zu erwarten bzw. ist eine Darlehensaufnahme von S 2.000.000,-- vorgesehen.

Zur Darlehensanbotlegung wurden die Sparkasse Eferding-Waizenkirchen, die Raiffeisenbank Prambachkirchen und P.S.K. Wien eingeladen.

Die Anboteröffnung erfolgte bei der Gemeindevorstandssitzung am 29.02.2000 und erbrachte folgendes Ergebnis:

Sparkasse Eferding-Waizenkirchen	SMR-Bindung	0 %	Auf- bzw. Abschlag
Raiffeisenbank Prambachkirchen	SMR-Bindung	0,30 %	Abschlag
P.S.K. Wien	SMR-Bindung	0,28 %	Abschlag

Der Gemeindevorstand empfiehlt daher dem Gemeinderat die Aufnahme des Darlehens bei der Raiffeisenbank Prambachkirchen und stellt folgenden

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen nimmt bei der Raiffeisenbank Prambachkirchen ein Darlehen in Höhe von S 2.000.000,-- zu den im Anbot vom 08.02.2000 gemachten Bedingungen, variable Verzinsung während der gesamten Laufzeit von 15 Jahren, Bindung an SMR mit 0,30 % Abschlag, derzeit 4,45 % p.a. dec. auf. Ein entsprechender Darlehensvertrag ist abzuschließen und zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorzulegen.

Der vorliegende Darlehensurkunden-Entwurf wird vollinhaltlich zur Kenntnis genommen.“

Debatte:

Herr GR. Aumayr erkundigt sich nach der Darlehenslaufzeit.

Herr Vbgrm. Weinzierl erklärt, dass diese 15 Jahre beträgt.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

**Zu Pkt. 6.) der TO.: Grundankauf zur Friedhofserweiterung – Finanzierungsplan;
Beratung und Beschlussfassung**

Herr Vzbgrm. Rudolf Weinzierl berichtet:

Das Amt der O.ö. Landesregierung hat mit Erlass vom 23.02.2000, Zl. Gem-311139/162-2000-Mt/Gan, der Marktgemeinde Waizenkirchen nachstehende Finanzierungsmöglichkeit für den Grundankauf zur Friedhofserweiterung bekanntgegeben.

Die in der Finanzierungsdarstellung angeführte Darlehensaufnahme wurde bereits für die Genehmigung (Erfüllung der Maastrichtkriterien) vorgemerkt.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 29.02.2000 die Angelegenheit vorberaten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung des folgenden Antrages:

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Entsprechend der Finanzierungsdarstellung des Amtes der O.ö. Landesregierung vom 23.02.2000, Zl. Gem-311139/162-2000-Mt/Gan, wird für die Jahre 1999 bis 2003 für den Grundankauf zur Friedhoferweiterung folgender Finanzierungsplan beschlossen:

(Beträge in S 1.000)

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	- 1999	2000	2001	2002	2003	Gesamt:
Rücklagen						0
Anteilsbetrag o.H.		220				220
Interessentenbeiträge						0
Vekaufserlöse (öff. Gut)		350				350
Darlehen (Förderungs)						0
Darlehen (Bank)		2000				2.000
sonstige Mittel						0
Bundeszuschuss						0
Landeszuschuss						0
Bedarfszuweisung	0	0				0
						0
Summe:	0	2.570	0	0	0	2.570

Debatte:

Herr GR. Faltyn erklärt, dass die SPÖ-Fraktion die Angelegenheit behandelt hat und zur Überzeugung gekommen ist, dass dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt gehört, da der Verkaufserlös aus dem Verkauf von öffentl. Gut in der Höhe von S 350.000,-- derzeit noch äußerst unsicher ist. Der Finanzierungsplan entspricht somit nicht der Realität, da noch kein Beschluss über den Verkauf gefasst wurde und auch im zuständigen Ausschuss nicht behandelt wurde. Herr GVM. Mayr erklärt, dass der Verkauf des öffentl. Gutes sehr wohl im Ausschuss behandelt wurde und auch mehrheitlich beschlossen wurde, dem Gemeinderat den Verkauf zu empfehlen. Letztendlich geht es darum, dem Land eine Finanzierungsdarstellung vorzulegen, wie sich die Gemeinde die Finanzierung vorstellt.

Herr AL. Kaltenböck erklärt, dass das Land zur Darlehensgenehmigung auch einen Finanzierungsplan verlangt. Da die Gemeinden immer früher dran sein müssen, um ihre Vorhaben durchzubringen, wurde daher der Finanzierungsplan in der vorliegenden Form erstellt, zumal geplant war, die Auflassung des öffentl. Gutes auch in der heutigen Sitzung zu beschließen. Dass sich hierbei Schwierigkeiten ergeben, war nicht vorhersehbar. Außerdem werden vom Land keine Darlehensgenehmigungen mehr erteilt, wenn die Mittel gem. Stabilitätspakt ausgeschöpft sind.

Herr GVM. Reichert stellt die Anfrage, warum man nicht gleich das Darlehen auf S 2,350.000,-- erhöht, wo man ohnehin weiß, dass es S 0,-- an BZ-Mitteln und Landeszuschüssen gibt.

Herr GVM. Mayr erklärt nochmals, dass es sich erst in der letzten Woche abgezeichnet hat, dass der TOP. 12.) abgesetzt werden muss und er macht den Vorschlag, die Eigenmittel um die S 350.000,-- zu erhöhen, falls der Antrag sonst keine Zustimmung findet.

Herr GR. Helmhart findet den Vorschlag sicher ehrlicher, da er ein Gegner ist von falschen Finanzierungsplänen.

Herr GR. Aumayr erklärt, dass der Ausschuss dem Gemeinderat nur die Entscheidung über den Verkauf des öffentl. Gutes vorweggenommen hat, aber keine Regelung über die Verwendung der Einnahmen daraus getroffen hat. Aber erst nach der Entscheidung für einen oder mehrere Verwendungszwecke hätte ein Finanzierungsplan erstellt werden dürfen. Außerdem ist die LF&U nicht einverstanden, dass der ganze Erlös für die Friedhofserweiterung verwendet wird.

Herr GVM. Mayr berichtigt Herrn Aumayr, der Ausschuss habe nicht den Verkauf beschlossen, sondern beschlossen, den Verkauf dem Gemeinderat zu empfehlen. Dabei wurde auch davon geredet, dass der Erlös daraus für den Grundverkauf für die Friedhofserweiterung verwendet wird.

Herr GR. Aumayr erklärt, dass er auch mit dem Finanzierungsplan kein Problem hat, aber mit der Verwendung des ganzen Verkaufserlöses für die Friedhofserweiterung.

Herr GVM. Reichert ist der Meinung, dass man bei Zustimmung zu diesem Punkt auch automatisch Punkt 12.) zustimmt.

Herr GVM. Hebertinger bestätigt die Aussage von Herrn GVM. Mayr. Das Problem an der ganzen Angelegenheit ist nur, dass noch kein Beschluss über den Grundverkauf vorhanden ist.

Herr Vbgm. Weinzierl stellt daraufhin den Antrag, die Eigenmittel um S 350.000,-- zu erhöhen, damit der Finanzierungsplan beschlossen werden kann.

Herr GR. Josef Mair erklärt, dass er auch dafür ist, weil dann auch die Diskussion über den Punkt 12.) wegfällt.

Herr GR. Faltyn ersucht, solche Finanzierungsdarstellungen in Hinkunft zu vermeiden, weil er diese für unseriös findet.

Herr GR. Aumayr erläutert nochmals die Gründe, warum er nicht zustimmen kann, den Verkaufserlös aus dem öffentl. Gut der Friedhofserweiterung zuzuteilen. So könnte u.a. mit dem Erlös die Renaturierung der Sandgrube und der Böschung mitfinanziert werden und Herr Eder könnte damit auch angeregt werden, einen beachtlichen Anteil dazu zu leisten.

Herr Vbgm. Weinzierl stellt nochmals den Antrag, den Finanzierungsplan dahingehend abzuändern, dass die Mittel aus dem Grundverkauf herausgenommen und dafür die Mittel aus dem ordentlichen Haushalt um S 350.000,-- auf insgesamt S 570.000,-- erhöht werden.

Abstimmung

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag samt Abänderungsantrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 7.) der TO.: Personalangelegenheiten

a) Aufnahme von Herrn Edlinger Wolfgang als Vertragsbediensteter auf unbestimmte Zeit

Herr Vizebgm. Rudolf Weinzierl berichtet aufgrund der im Gemeindevorstand am 29.02.2000 erfolgten Vorberatung.

Die Aufnahme von Herrn Edlinger Wolfgang war notwendig gewesen, um die gesetzlichen Erfordernisse der Oö. Alten- und Pflegeheimverordnung zu erfüllen. Seinerzeit erfolgte die Aufnahme als Altenfachbetreuer aufgrund des Gemeindevorstandsbeschlusses vom 28.01.1999 vorerst befristet auf ein Jahr bis zum 31.01.2000. Die Voraussetzungen für eine Aufnahme nach dem Oö. LVBG sind gegeben. Die dazu erforderlichen Unterlagen und Nachweise liegen vor. Von der Altenheimverwaltung und der Pflegedienstleitung wird eine zufriedenstellende Dienstleistung bescheinigt.

Aufgrund der Vorberatung wird nachfolgender Antrag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt:

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Aufgrund des Ansuchens vom 31.01.2000 wird Herr Wolfgang Edlinger, geb. am 01.11.1976 in Wels, wohnhaft in 4710 Schlüßberg 70 mit Wirkung vom 01. Februar 2000 als Vertragsbediensteter auf unbestimmte Zeit aufgenommen. Mit der Genannten ist ein entsprechender Nachtrag zum Dienstvertrag vom 28.01.1999 abzuschließen.“

Abstimmung

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Da es sich um eine Personalentscheidung handelt, ist geheim abzustimmen. Mittels Stimmzettel bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder,

(C) gegen den Antrag: 1 Mitglied.

Der Antrag wird somit mit Stimmenmehrheit zum Beschluss erhoben.

b) Abänderung des Dienstpostenplanes

Herr Vzbgm. Rudolf Weinzierl berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Zur Erfüllung der in der O.ö. Alten- und Pflegeheimverordnung gemachten Festlegungen ist eine Änderung des Dienstpostenplanes beim Pflegepersonal erforderlich.

Auf Grund der Pflegeeinstufungen sind mit 01.03.2000 24 Personaleinheiten erforderlich. Nach der im letzten Jahr gemachten Erfahrung ist mit einem weiteren Ansteigen des Pflegeeinheitenschlüssels zu rechnen.

Ebenso ist für das Reinigungspersonal in der Hauptschule der Dienstpostenplan entsprechend der Verwendung anzugleichen.

Jede Änderung des Dienstpostenplanes bedarf der aufsichtsbehördlichen Genehmigung durch das Amt der O.ö. Landesregierung.

Aufgrund der in der Gemeindevorstandssitzung am 29.02.2000 erfolgten Vorberatung wird dem Gemeinderat nachstehender Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Dienstpostenplan der Marktgemeinde Waizenkirchen wird abgeändert und lautet wie folgt:

<u>Verwaltung:</u>	1 B II-VII
	1 B II-VI
	2 C I-V

1 C I-IV
 2 VB I/c
 1 VB I/c (80 % Teilzeitbeschäftigung)
 1 VB I/c (70 % Teilzeitbeschäftigung)
 2 VB I/d

Altenheim:

1 C I-V (Verwaltung)
 2 VB I/c (Pflegedienstleitung – Dipl. Krankenpflegepersonal)
 2 VB I/c (70 % Teilbeschäftigung – Dipl.Krankenpflegepersonal)
 1 VB I/c (50 % Teilbeschäftigung – Dipl.Krankenpflegepersonal)
 1 VB I/c (60 % Teilbeschäftigung – Dipl.Krankenpflegepersonal)
 16 VB I/d – e (Pflegedienst – Vollbeschäftigung)
 9 VB I/d – e (Pflegedienst – 70 % Teilzeitbeschäftigung)
 3 VB I/d – e (Pflegedienst – 60 % Teilzeitbeschäftigung)
 1 VB I/d – e (Pflegedienst – 50 % Teilzeitbeschäftigung)

Handwerkl. Dienst:

Gemeindeamt	1 VB II/p 5 (75 % Teilzeitbeschäftigung)
Bauhof	1 VB II/p 2 5 VB II/p 3
Hauptschule	1 VB II/p 4 1 VB II/p 5 2 VB II/p 5 (50 % Teilzeitbeschäftigung) 2 VB II/p 4 (Teilzeitbeschäftigung Schülerausspeisung)
Volksschule	1 VB II/p 4
Musikschule	1 VB II/p 5 (50 % Teilzeitbeschäftigung)
Altenheim	1 VB II/p 2 2 VB II/p 3 2 VB II/p 4 11 VB II/p 5

Debatte:

Herr GVM. Hebertinger stellt die Anfrage, warum bei der heutigen Sitzung nicht auch die Personalaufnahme des neuen Bauhofarbeiters beschlossen wird.

Der Amtsleiter erklärt, dass der Personalbeirat noch nicht getagt hat, der Dienstposten im Dienstpostenplan aber enthalten ist.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 23, davon stimmen

(B) für den Antrag: 23 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Die Herren GVM. Reichert und GR. Aumayr waren während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Zu Pkt. 8.) der TO: Fischereiverpachtung Michaelnbach/Krumbach/Moospollingerbach

a) Abschluss einer Vereinbarung mit Frau Fraungruber zur Auflösung des bestehenden Pachtvertrages

Herr Vizebgm. Rudolf Weinzierl berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 8.7.1997 wurde die Fischereiberechtigung Michaelnbach/Krumbach/Moospollingerbach an Herrn Franz Fraungruber sen., 4730 Waizenkirchen, Rökendorferholz 11 verpachtet. Herr Fraungruber ist am 1.12.1999 verstorben. Um eine geordnete Bewirtschaftung zu gewährleisten ist das Pachtverhältnis aufzulösen bzw. eine Neuverpachtung vorzunehmen. Nach den Bestimmungen des ABGB gibt es zwei Möglichkeiten zur Vertragsauflösung, und zwar die Kündigung bzw. die einvernehmliche Lösung. Frau Maria Fraungruber als Erbin wurde die einvernehmliche Lösung per 30.6.2000 bzw. Abschluss einer Vereinbarung vorgeschlagen.

Der Gemeindevorstand hat sich in der Sitzung am 1.2.2000 und 29.2.2000 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme folgender Vereinbarung:

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

V E R E I N B A R U N G

abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Waizenkirchen, vertreten durch die Unterzeichneten und Frau Maria Fraungruber, 4730 Waizenkirchen, Rökendorferholz 11 als Erbin nach den am 1.12.1999 verstorbenen Franz Fraungruber.

I.

Ich, Maria Fraungruber, als Erbin nach den am 1.12.1999 verstorbenen Franz Fraungruber stimme einer Auflösung des am 8. Juli 1997 abgeschlossenen Pachtvertrages per 30. Juni 2000 zu.

Gegenstand des Pachtvertrages ist das im Fischereibuch für den Verwaltungsbezirk Grieskirchen unter der Ordnungsnummer 16/4.2 eingetragene Fischereirecht Michaelnbach, Krumbach und Lahnfeldbachl (Moospollingerbachl).

II.

Die Marktgemeinde Waizenkirchen stimmt der Auflösung des Pachtvertrages per 30. Juni 2000 zu und damit enden zu diesem Zeitpunkt für beide Vertragspartner alle aus diesem Vertragsverhältnis bestehenden Rechte und Pflichten.

III.

Die Vereinbarung wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 14.3.2000 unter TOP. 8) angenommen.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 20, davon stimmen
(B) für den Antrag: 20 Mitglieder.
Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Die Herren GVM. Reichert, GR. Faltyn, GR. Vierziger, GR. Degeneve und GR. Schatzl waren während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

b) Festlegung der Bedingungen für die Neuverpachtung

Herr Vizebgm. Rudolf Weinzierl berichtet:

Das Pachtverhältnis für das betreffende Fischereirecht wird per 30.6.2000 einvernehmlich aufgelöst. Daher ist die Neuausschreibung notwendig bzw. sind die Bedingungen festzulegen. Die Ausschreibung soll in den nächsten Waizenkirchner Gemeindenachrichten erfolgen.
Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 29.2.2000 die Angelegenheit vorberaten und wird nachstehender Ausschreibungstext vorgeschlagen:

<u>Gegenstand der Verpachtung:</u>	Im Fischereibuch für den Verwaltungsbezirk Grieskirchen unter Ordnungsnummer 16/4.2 eingetragene Fischereirecht Michaelnbach, Krumbach und Lahnfeldbachl (Moospollingerbachl)
<u>Pachtdauer:</u>	9 Jahre mit Beginn 1.7.2000
<u>Pächterfähigkeit:</u>	Pächterfähigkeit nach den Bestimmungen des OÖ. Fischereigesetzes muss gegeben sein.
<u>Pachtschilling:</u>	Derzeit S 5.167,-- inkl. 10 % Ust. jährlich; Indexsteigerung wird vereinbart.
<u>Einheitswert des Pachtgegenstandes:</u>	Einheitswert beträgt derzeit S 21.400,-- (Hinweis für Sozialversicherungspflicht).

Pachtinteressenten mögen ihre Anbote verschlossen unter Angabe „Anbot Fischereirecht Michaelnbach, Krumbach und Lahnfeldbachl“ spätestens Donnerstag, den 27. April 2000, 12.00 Uhr beim Marktgemeindeamt Waizenkirchen abgeben.
Personen mit Hauptwohnsitz Waizenkirchen werden bevorzugt.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 20, davon stimmen
(B) für den Antrag: 20 Mitglieder.
Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Die Herren GVM. Reichert, GR. Faltyn, GR. Vierziger, GR. Degeneve und GR. Schatzl waren während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

**Zu Pkt. 9) der TO: Erweiterung der Abwasserbeseitigungsanlage Waizenkirchen
BA 06 – Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung**

Herr Vzbgm. Rudolf Weinzierl berichtet:

Die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der Abwasserbeseitigungsanlage im Bauabschnitt 06 wurden öffentlich ausgeschrieben. Die Angebotseröffnung fand am 2.12.1999 statt. Es sind 17 Angebote eingelangt. Billigstbieter und auch Bestbieter war die Fa.Hajek-Bau, Hoch- und Tiefbau GmbH. aus Wels mit einer Angebotssumme von S 15,811.347,80 (ohne MWSt.). Die Angebote wurden vom Büro Dr. Flögl, Linz überprüft und es liegen für die sechs erstgereihten sachlich und rechnerisch überprüften Angebote keine Ausscheidungsgründe vor. Nachdem die Fa.Hajek Billigstbieter ist und die fachliche Qualifikation zur Ausführung derartiger Bauvorhaben gegeben ist, wird von Herrn Dipl.Ing.Dr.techn. Werner Flögl, Linz die Vergabe der ausgeschriebenen Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten an den Billigstbieter, die Firma Hajek-Bau, Hoch- und Tiefbau GmbH., Maria-Theresia Straße 46, 4600 Wels vorgeschlagen

Der Bauausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 14.2.2000 mit der Vorberatung der gegenständlichen Angelegenheit und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages:

A n t r a g .

der Gemeinderat möge beschließen:

" Die Marktgemeinde Waizenkirchen (Auftraggeber) überträgt aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom 14.3.2000, TOP 9, sowie der Vergabezustimmung des Amtes der OÖ.Landesregierung vom 18.02.2000, BauW-III-410197/81-2000-Sf/A1, der Firma Hajek-Bau, Hoch- u.Tiefbau GmbH., Maria-Theresia-Straße 46, 4600 Wels (Auftragnehmer) zu den Bedingungen des vorliegenden Auftragschreibens, die Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der ABA BA 06 im Rahmen des Bauprogramms 2000-2002, mit einer Auftragssumme von

Nettosumme	S 15,811.347,80
+ 20 % MWSt.	S 3,162.269,56
Gesamtangebotssumme	S 18,973.617,36

=====

zu den Bedingungen des Werkliefervertrages, der aus dem vorliegenden Auftragschreiben und den im Abschnitt A ersichtlichen Vertragsbestandteilen besteht.

A) Bestandteile des Bauauftrages:

- Das vorliegende Auftragschreiben
- Das Leistungsverzeichnis der Firma Hajek-Bau, Hoch- und Tiefbau GmbH.,
- Die "Besonderen Bestimmungen" für das Angebot
- Die Planunterlagen
- Die Fachnormen
- Die Vertragsnormen
- Die Verordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familien über die Trennung von bei Bautätigkeiten anfallenden Materialien (BGB1.Nr. 259, Verordnung v. 5.6.1991).

B) Weitere Bedingungen des Vertrages:

1. Die Firma Hajek-Bau, Hoch- und Tiefbau GmbH., Wels, gibt als verantwortlichen Bauleiter Herrn Ing.Keplinger bekannt.
2. Die Bauleitung des Auftraggebers wird von Herrn Dipl.Ing.Dr.techn. Werner Flögl, Stockhofstr. 32, 4020 Linz, wahrgenommen. Durchgeführt wird die örtliche Bauleitung von dessen Mitarbeiter Dipl.Ing.Fahrngruber.
3. Termine, Baufristen:
 Baubeginn: Mitte April 2000
 Baufrist: 24 Monate"

Debatte:

Herr GR. Mair Rudolf ersucht, dass im Antrag jeweils die Ortschaften angeführt werden, in denen kanalisiert werden soll, damit die Gemeinderäte einen besseren Überblick haben. Er stellt weiters die Anfrage, ob die Einreichplanung für diesen Bauabschnitt schon vergeben ist. Herr Vbgm. Weinzierl erklärt, dass diese bereits vor ca. 5 Jahren vergeben wurde.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

- (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 10) der TO: Erweiterung der Wasserversorgungsanlage BA 02; Erhöhung des Darlehens des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds; Annahmeerklärung

Herr GVM. Hermann Hebertinger namens des Gemeindevorstandes berichtet:

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 15.2.1990 wurde der Fondsmittelvertrag für die Erweiterung der Wasserversorgungsanlage Waizenkirchen BA 02 angenommen. Aufgrund der vorgelegten Endabrechnungsunterlagen wurden die förderungsfähigen Herstellungskosten endgültig mit S 13,065.217,-- festgestellt, woraus sich ein Förderungsdarlehen von S 8,759.000,-- ergibt. Da dieser Betrag höher ist als die bisher zugesicherte Förderungssumme, wäre vor einer endgültigen Abrechnung eine Annahmeerklärung für die Darlehenserhöhung vorzulegen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 29.2.2000 die Angelegenheit beraten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung der Annahmeerklärung zur Erlangung des restlichen Förderdarlehens.

ANNAHMEERKLÄRUNG

Die Gemeinde Waizenkirchen erklärt auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 14. März 2000 die vorbehaltlose Annahme der **vorläufigen Abrechnung** des Umwelt- und Was-

serwirtschaftsfonds vom 23.02.2000, Zahl 88.0744/043-020/99 betreffend die Erhöhung des Fondsdarlehens für den Bau der Wasserversorgungsanlage Waizenkirchen BA 02.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen
(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.
Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 11.) der TO.: Linzer Lokalbahn; Ansuchen um Gewährung einer Förderung für das Jahr 2000 – Beratung und Beschlussfassung

Herr Vzbgm. Rudolf Weinzierl berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Linzer Lokalbahn AG hat mit Schreiben vom 11.1.2000 um die Gewährung eines Förderungsbeitrages für das Jahr 2000 angesucht. Sie begründen ihr Ansuchen damit, dass sie die Förderung zur unbedingt notwendigen Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe als umweltfreundliches Nahverkehrsmittel benötigen.

Es wird auch auf die Aktivitäten zur Belebung des Fremdenverkehrs entlang der von ihr befahrenen Strecke hingewiesen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 01.02.2000 die Angelegenheit vorberaten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung im Sinne des Antrages.

A n t r a g

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen gewährt der Linzer Lokalbahn AG für 2000 einen einmaligen Förderungsbeitrag von S 20.000,--. Die Auszahlung kann auf Grund der beschlossenen Kreditsperre nur in Teilbeträgen erfolgen, wobei die erste Teilzahlung beim ersten Eintreffen der neuen Garnitur in Waizenkirchen überreicht werden soll.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen
(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.
Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 12.) der TO.: Erlassung einer Verordnung zur Auflassung des öffentl. Gutes Wegparz. Nr. 297, KG. Manzing – Beratung und Beschlussfassung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung vom Vorsitzenden abgesetzt.

Zu Pkt. 13.) der TO.: Ankauf der Liegenschaft Schulberg 11; Beratung und Beschlussfassung

Herr Vzbgm. Rudolf Weinzierl berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Vom Bezirksbauamt Wels liegt nun das Wertermittlungsgutachten für die Liegenschaft Schulberg 11 der Ehegatten Josef und Elisabeth Mair vor.

In der Gemeindevorstandssitzung am 29.02.2000 wurde über das vorliegende Gutachten beraten. Es wurde beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, an die Ehegatten Mair für die Liegenschaft Schulberg 11 ein Kaufanbot im Sinne des Gutachtens des Bezirksbauamtes Wels vom 24.02.2000 zu legen.

Debatte:

Herr Vbgm. Weinzierl verliest anschließend noch das Schätzgutachten des Bezirksbauamtes Wels vollinhaltlich und erklärt, dass die Abbruchkosten von Herrn Mair zu tragen sind.

Er weiß, dass die Angelegenheit in den letzten Monaten, vor allem aufgrund der Äußerungen von Herrn Mair etwas hochgeschaukelt wurden, er spricht sich aber dafür aus, dass das Grundstück zum vorgeschlagenen Preis angekauft wird, da die Straßensituation dort sehr beengt ist. Unter Beachtung aller Umstände findet er den Kaufpreis auch gerechtfertigt.

Herr GVM. Reichert stellt die Anfrage, ob mit Herrn Mair gesprochen wurde.

Herr Vbgm. Weinzierl erklärt, dass Herr Mair dem Anbot zustimmt. Das erste Anbot von ihm lag bei S 400.000,--, um diesen Preis hat er das Grundstück auch im Jahr 1987 gekauft. Man muss aber bedenken, dass ihm der Abriss bei ordnungsgemäßer Entsorgung ca. S 100.000,-- kostet.

Herr GVM. Hebertinger berichtet, dass Herr Mair ursprünglich auch die Anschlüsse auf seine von Herrn Wachermayr gekauften Grundstücke mitnehmen wollte, was aber abgelehnt wurde.

Herr GR. Helmhart stellt fest, dass in unmittelbarer Nähe von der Gemeinde Grund gekauft wurde, ohne 50 % Aufschlag. Er fragt auch, ob es ein Zufall ist, dass die Schätzsumme fast genau den Kaufpreis aus dem Jahre 1987 ausmacht.

Herr Vbgm. Weinzierl erklärt, dass von ihm bzw. der Gemeinde an den Gutachter kein Hinweis in irgendeiner Form ergangen ist.

Herr GR. Helmhart findet aber trotzdem, dass die Gemeinde hier selbst als Preistreiber für die Grundstückspreise auftritt. Seiner Meinung nach sollte man alle Grundverkäufer gleich behandeln.

Herr Vbgm. Weinzierl erklärt, dass der 50 %ige Aufschlag in erste Linie durch den ideellen Wert der Liegenschaft durch ihre zentrale Lage entstanden ist.

Herr GR. Schatzl korrigiert Herrn GR. Helmhart hinsichtlich des Kaufpreises von 1987. Dieser hätte damals für die Gemeinde S 350.000,-- betragen, nicht für Herrn Mair.

Herr GVM. Reichert erklärt, dass man auch den Abriss und die Anschlüsse berücksichtigen müssen. Wenn die Gemeinde den Abriss durchführen müsste, käme die Liegenschaft teurer.

Herr GVM. Hinterberger erklärt, dass die Gemeinde aus Ortsentwicklungsgründen das Grundstück braucht und jetzt die Gelegenheit nicht versäumen darf, es anzukaufen.

Bezüglich des Einwandes betreffend den Grundkauf von Herrn Wachermayr erklärt er, dass Herr Wachermayr mit dem vereinbarten Grundpreis damals einverstanden war, zumal damit auch die Grundabtretung für die Friedhofstraße kompensiert wurde.

Außerdem ist Herr GVM. Hinterberger der Meinung, dass im Jahr 1987 der Ankauf für die Gemeinde teurer gekommen wäre.

Herr GVM. Mayr berichtet, dass der Grund hinter der Volksschule Herrn Scheuringer gehört. Dieser hat bereits angekündigt, dass er die Fläche für Parkzwecke nicht mehr zur Verfügung stellen will, hat aber auch angeboten, im Zuge eines Grundtausches für eine Lösung bereit zu sein.

Herr Vbgm. Weinzierl erklärt, dass hier eine vernünftige Lösung gesucht werden muss und er sucht daher um Zustimmung zum Grundankauf, obwohl er weiß, dass die Gesprächsbasis mit Herrn Mair nicht immer optimal war.

Herr GVM. Hebertinger schließt sich dem an, obwohl er auch der Meinung ist, dass Herr Mair damals das Haus ausgekauft hat und man ihm daher jetzt nicht schön tun muss. Er findet auch den Einwand von Herrn GR. Helmhart für nicht unerheblich.

Herr GR. Degeneve wendet ein, dass auch die Inflationsrate seit 1987 zu rechnen ist.

Herr GR. Aumayr ist der Meinung, dass es mutiger gewesen wäre, ohne Gutachten den Kauf abzuschließen. Jetzt versucht man sich hinter dem Gutachten zu verstecken.

Herr GR. Faltyn stellt die Anfrage, was das Gutachten gekostet hat.

Herr Vbgm. Weinzierl erklärt, dass dieses vom Bezirksbauamt im Wege der Amtshilfe kostenlos erstellt wurde.

Herr GVM. Hinterberger erklärt, dass bei der Grundkaufangelegenheit Wachermayr auch die Umwidmung und die Aufschließung einzurechnen sind, von denen Herr Wachermayr wesentlich profitiert und sicherlich nicht draufgezahlt hat.

Es kennt jeder die Fehler von Herrn Mair, man sollte aber trotzdem dem Ankauf zustimmen.

Herr GR. Faltyn hofft, dass es zu keinem Schneeballsystem bezüglich der Grundpreise kommt.

Herr GR. Aumayr wendet ein, dass auch die Gemeinde Fehler gemacht hat. So hat der Bürgermeister bei FF-Sitzungen Getränkesteuersachen von Herrn Mair preisgegeben und außerdem erfolgte in den letzten 2 ½ Jahren erst einmal ein Besuch des Cafe Mair nach einer Gemeinderatssitzung. Herr Mair ist daher 2 ½ Jahre vom Bürgermeister geschnitten worden, man kann nicht einen schneiden, der eine andere Meinung hat, wie andere. Dasselbe wurde auch mit Herrn Wachermayr gemacht. Es wurden hier Steuergeheimnisse verletzt, er findet das nicht in Ordnung und er appelliert daher auch an Herrn Schauer als Fraktionsobmann, dass er solche Vorgangsweisen abstellt.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 20 Mitglieder,

(C) Stimmenthaltung: 5 Mitglieder (SPÖ-Fraktion).

Der Antrag wird somit mit Stimmenmehrheit zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 14.) der TO.: Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion; Vergabe von Planungsarbeiten

Herr GVM. Reichert berichtet namens der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Aus gegebenem Grundsatz der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit, und Wirtschaftlichkeit der Gemeindegebarung muss jede Gemeinde gemäß der OÖ. GemO. Arbeiten und Lieferungen ab einem Wert von mehr als 200.000.- öS beschränkt ausschreiben, wenn ihr Wert aber 2 Millionen Schilling übersteigt, durch öffentliche Ausschreibung vergeben.

Die Verpflichtung zur Ausschreibung besteht unabhängig davon, welches Gemeindeorgan zuständig ist.

Unter einer Ausschreibung versteht man die Aufforderung an Unternehmer (z.B. Architekten, Baumeister), über die Erbringung bestimmter Arbeiten oder Lieferungen Angebote zu stellen.

Da speziell bei Auftragsvergaben von Planungsarbeiten die bisherige Übung in unserer Gemeinde nicht diesen gesetzlichen Vorgaben entspricht, ist es an der Zeit, auch in Waizenkirchen, diesen vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Ausschreibungszwang einzuhalten.

Der Ausschreibungszwang kommt ja nicht von ungefähr, soll er doch erreichen, die angestrebten Leistungen zum besten Preis zu erhalten.

Dies ist in Anbetracht der angespannten finanziellen Situation unseres Gemeindebudgets dringend notwendig. Unsere Aufgabe ist es, mit dem Steuergeld unserer Bürger sparsam und wirtschaftlich umzugehen.

Die FPÖ Waizenkirchen stellt daher an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat als oberstes Organ der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich, und als weisungsbefugtes Organ gegenüber dem Bürgermeister und den Mitgliedern des Gemeindevorstandes möge beschließen:

„Planungsarbeiten für die Gemeinde Waizenkirchen, einschließlich ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen sind in der Zukunft, wenn ihr Wert mehr als 200.000.- öS , höchstens aber 2 Millionen Schilling beträgt, durch beschränkte Ausschreibung, wenn ihr Wert aber 2 Millionen übersteigt durch öffentliche Ausschreibung zu vergeben.“

Debatte:

Herr GVM. Reichert ergänzt, dass es während seiner Amtszeit als Gemeinderat keine Ausschreibungen für Planungsarbeiten gegeben hat, jeder Auftrag wurde blind vergeben. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass die Aufträge teurer kommen, wenn man sie ausschreibt. Ihn würde interessieren, welche Summen ein Herr Dr. Englmaier in den letzten Jahren bekommen hat.

Herr VbGm. Weinzierl verliest daraufhin eine schriftliche Stellungnahme der ÖVP-Fraktion:

„Die ÖVP-Fraktion kann aus mehreren Gründen diesem Antrag nicht zustimmen:

1. Wir wollen die Vielfalt der Möglichkeiten bei den Auftragsvergaben ausschöpfen und nicht, wie gefordert, sich auf ein System festzulegen.
2. Beispiele aus den vergangenen Jahren haben uns gezeigt, dass Ausschreibungsergebnisse über ausverhandelten Preisen lagen (Straßenbau).
3. Ziviltechniker und Planungsleistungen sprechen auch Kreativität und spezifische Erfahrung an. Ein monetärer Vergleich ist daher nicht immer zulässig.
4. Für die Gesamtkosten einer Planungsleistung sind neben der Vergabesumme auch die Aufwendungen für Nebenleistungen maßgebend.
Die Hochbauvorhaben der letzten Jahre, die teilweise parallel verwirklicht wurden, (Aufbahnhalle, LMS, Altenheim, Volks- und Hauptschule, Musikheim) haben uns sehr viele Nebenleistungen erspart. Die Funktionalität der angeführten Baulichkeiten werden sehr gut angenommen. Die Aufbahnhalle dient heute noch als Vorbild für Neubauten.
5. Das österreichische Rechtssystem ist auf Gesetze und Verordnungen aufgebaut. Der Gemeindeferent Landeshauptmann-Stellvertreter Fritz Hochmair hat am 27.1.1999 eine neue Verordnung bezüglich Vergabe von Ziviltechnikerleistungen – Anwendung der § 87 Gem.O. 1990 bzw. der ÖNORM A 2050 herausgegeben, welche die Möglichkeiten der Vergabe regelt.

Die bestehende Rechtsgrundlage wurde und wird in Waizenkirchen auch hinkünftig eingehalten. Die ÖVP-Fraktion ersucht den Gemeinderat, den auf Unkenntnis der bestehenden Rechtsgrundlagen gestellten Antrag abzulehnen."

Herr GVM. Reichert stellt die Anfrage, ob mit Vielfalt der Möglichkeiten Herr Dr. Englmaier gemeint ist.

Er hat sich auch mit anderen Gemeinden unterhalten und dabei erfahren, dass der Ortsplaner nicht automatisch auch die Planungsaufträge für die Bauten erhält. Außerdem verlangen die Architekten nicht immer die ihnen zustehenden Gebühren, sondern gehen auch darüber hinaus. Er verweist hier auf das Beispiel Blumentöpfe im Altenheim.

Herr GR. Faltyn findet die Haltung der ÖVP unerklärlich, weil im Prüfungsausschuss eine andere Meinung vorherrschte. Dies spricht für die Doppelzüngigkeit der Fraktion. Er versteht nicht, was dagegen steht, den FPÖ-Antrag anzunehmen und weiterzubehandeln.

Für Herrn GR. Aumayr strotzen die 5 Punkte der ÖVP vor Lächerlichkeit. Der FPÖ-Antrag ist schließlich nichts anderes als die Befolgung des § 87 der OÖ. GemO, auch das Schreiben von Landesrat Hochmair bestätigt dies. Der Prüfbericht des Landeskrollendienstes im Herbst hat außerdem diese Mängel aufgezeigt. Er findet es für einen kindischen Ton, wenn 5 Punkte herausgesucht werden und für eine demokratische Unreife der ÖVP, die wegen Bequemlichkeit der Gemeindeverwaltung bei einem Planer bleiben möchte.

Im Mühlviertel gibt es Gemeinden, die an Ortsplaner keine Aufträge vergeben. Es müssen sich halt auch die Architekten einem Wettbewerb stellen, wie er bei Rechtsanwälten und Notaren längst Praxis ist.

Die Baupreise sind auch nur deshalb so stark gefallen, weil die Bauunternehmen durch den EU-Beitritt mehr Konkurrenz aus dem Ausland erhalten haben.

Herr VbGm. Weinzierl erklärt, dass er sich aber trotzdem nicht in ein Korsett zwingen lassen will, wenn Auftragsvergaben im Verhandlungswege möglich und rechtlich abgesichert sind.

Herr GVM. Reichert verweist nochmals auf den ersten Absatz im Gesetzestext und dieser sollte auch für Ziviltechniker gelten. Er stellt die Anfrage, ob einmal eine Ausschreibung für Planungsleistungen erfolgt ist.

Seiner Meinung nach wird nur jeder Antrag einer Oppositionsfraktion von der Mehrheitsfraktion blind niedergestimmt.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 10 Mitglieder(SPÖ-, FPÖ- und LF&U-Fraktion),

(C) gegen den Antrag: 14 Mitglieder (ÖVP-Fraktion ohne Fleischandler),

(D) Stimmenthaltung: 1 Mitglied (GR. Fleischandler)

Der Antrag fand somit keine mehrheitliche Zustimmung.

Zu Pkt. 15.) der TO.: Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion; Abschluss eines Vertrages mit der CARITAS für den Betrieb einer Ganztagesbetreuung des Kindergartens

Herr GR. Karl Faltyn stellt namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen soll mit der CARITAS, als Betreiber des Kindergartens Waizenkirchen, einen Vertrag aushandeln und abschließen, der in nächster Zukunft den Betrieb einer Ganztagesbetreuung ermöglicht und garantiert.“

Begründung:

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 16.12.1999 den Finanzierungsplan für die Erweiterung des CARITAS-Kindergartens in der Gesamthöhe von **9.500.000,--** Schilling beschlossen.

Für die Marktgemeinde Waizenkirchen beträgt der Anteilsbeitrag im o.H. insgesamt 3.168.000.-- Schilling, aufgeteilt auf die Jahre 1999 bis 2002.

Die Marktgemeinde hat in der Vergangenheit bereits erhebliche Finanzmittel für den Betrieb und Erhaltung des örtlichen Kindergartens zur Verfügung gestellt.

Derzeit besuchen etwa 100 Kinder die Kinderbetreuungsstätte. Die zur Zeit geltende Betriebsform sieht keine Ganztagesbetreuung vor. Bis vor einigen Jahren wurde im CARITAS-Kindergarten auch eine Ganztagesbetreuung der Kinder angeboten.

Mütter und Erziehungsberechtigte, die aus beruflichen Gründen verhindert sind oder auswärts einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, haben wegen der derzeit durchgeführten Betriebszeiten keine Möglichkeit das Kind während der Mittagszeit im Kindergarten zu belassen.

Diese Regelung stellt für die Kinder junger Arbeitnehmerinnen und alleinerziehender Mütter eine wesentliche Benachteiligung dar.

Es ist daher aus **wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gründen** unbedingt erforderlich, eine Ganztagesbetreuung im Kindergarten einzuführen, damit auch Kinder der angesprochenen Personengruppen während der Mittagszeit im Kindergarten betreut werden können. Es ist auch der Umstand zu bedenken, dass durch das Fehlen der Möglichkeit einer **Ganztagesbetreuung** die Gefahr der Abwanderung von berufstätigen Jungfamilien in andere Gemeinden besteht.

Der Marktgemeinde muss daher als wesentlicher Finanzgeber des CARITAS-Kindergartens die Möglichkeit gegeben sein, dass ein vertraglich festgelegtes Mitspracherecht hinsichtlich der **innerbetrieblichen** Organisation und des **Betriebes** des Kindergartens gegeben ist (z.B.: Kuratorium, welches aus der gleichen Anzahl von Mitgliedern der Gemeinde und CARITAS besteht).

Die Marktgemeinde Waizenkirchen soll daher mit der CARITAS, als Betreiber des Kindergartens, einen Vertrag aushandeln und abschließen, der in nächster Zukunft den Betrieb einer Ganztagesbetreuung ermöglicht und garantiert.

Debatte:

Herr GR. Faltyn ist der Meinung, wenn jährlich schon S 700.000,-- bis S 800.000,-- für den Kindergartenbetrieb von der Gemeinde aufgebracht werden müssen, dann sollte die Gemeinde auch bei der organisatorischen Struktur Mitsprache haben. Man sollte über dies an die Jungfamilien und alleinerziehenden Mütter denken.

In der letzten Aussendung von „Waizenkirchen aktuell“ hat es ja auch der Bürgermeister wert gefunden, für die Ganztagesbetreuung einzutreten.

Herr GVM. Schauer erklärt, dass die im SPÖ-Antrag gemachten Forderungen bereits 1991 verwirklicht wurden und er zitiert eine Vereinbarung, die zwischen Gemeinde und Pfarrcaritas im Jahre 1991 abgeschlossen wurde. Darin ist festgehalten, dass ein Kindergartenbeirat einzurichten ist und das eine Ganztagesbetreuung durchzuführen ist, wenn diese notwendig und wirtschaftlich ist. Der Kindergartenbeirat setzt sich aus 3 Mitgliedern der Pfarre und 3 Mitgliedern der Gemeinde (2 ÖVP-Mitglieder, 1 SPÖ-Mitglied) zusammen.

Herr GR. Faltyn ist verwundert, da es immer geheißen hat, es gibt keine Verträge und jetzt gibt es doch einen.

Herr GVM. Schauer erklärt, dass das, was von Herrn GR. Faltyn gefordert wurde, bereits alles vorhanden ist.

Herr GR. Aumayr kann den Antrag der SPÖ nur unterstützen. Zum Kindergartenbeirat meint er, dass dieser sicher nicht demokratisch eingerichtet ist, Minimum wäre, dass darin auch ein FPÖ-Vertreter nominiert ist. Außerdem vermutet er, übergangen zu werden. Der Beirat arbeitet neben dem Gemeinderat. Das mindeste wäre es, den Beirat anders zusammensetzen, überdies sind den Mitgliedern Weisungen mitzugeben, sich für Ganztagesbetreuung einzusetzen.

Auch wurde vom zuständigen Ausschuss des Gemeinderates, dem Sozialausschuss, die Angelegenheit wenig oder überhaupt nicht behandelt. In welcher Sozialausschusssitzung wurde über die S 700.000,-- für den Kindergarten gesprochen.

Außerdem hinkt seiner Meinung nach das Argument, dass zuwenig Bedarf für eine Ganztagesbetreuung vorhanden ist. Schon zu seiner Zeit hat es eine Ganztagesbetreuung gegeben, dann wieder nicht mehr und momentan gibt es zwei Nachmittage, die der Kindergarten offen hat. Frauen sind in ihrer Berufswahl eingeschränkt und die Leute passen sich dieser Situation auch an, das heißt sie ziehen weg. Der Bedarf ist daher verfälscht, da die Eltern, die eine Ganztagesbetreuung wünschen, nicht mehr in Waizenkirchen wohnen. Zu den Kosten meint er, dass die

Gemeinde ohnehin schon S 700.000,-- zahlt, da kann es auch nicht daran liegen, wenn der Kindergarten mit einer Ganztagesbetreuung S 800.000,-- oder S 900.000,-- kostet.

Herr GVM. Reichert meint, dass es schön wäre, wenn man als Gemeindevorstandsmitglied Informationen, z.B. über die Vereinbarung mit dem Kindergarten erhalten würde. Diese hat er heute zum ersten Mal gehört.

Waizenkirchen sollte wachsen, aber der Kindergarten passt nicht und Wohnungen werden ebenfalls nicht gebaut – wie soll das dann gehen.

Herr GR. Schatzl findet die Ganztagesbetreuung grundsätzlich für begrüßenswert. Er ist jedoch etwas entrüstet über die vorgebrachte Logik, nach der ein Bedarf nicht entsteht, wenn es etwas nicht gibt.

Die Ganztagesbetreuung steht außer Zweifel, man könne aber dem Antrag nicht zustimmen, weil es die Regelungen ohnehin schon gibt. Zum Kindergartenbeirat ist der Meinung, dass hier 3 Gemeindevorteiler vorgegeben sind und diese aufgrund der Wahlergebnisse demokratischer Wahlen besetzt werden.

Herr GR. Faltyn ist der Meinung, dass 80 % der anwesenden Gemeinderatsmitglieder den Vertrag mit der Pfarrcaritas nicht kennen. Die Serviceleistungen der Gemeinde sind daher äußerst schlecht, weil Bevölkerung nicht weiß, dass es einen Ganztageskindergarten gibt. Daher ist er auch der Meinung, dass Herr GVM. Schauer als Obmann des Sozialausschusses völlig fehl am Platz ist.

Herr GVM. Schauer ist der Meinung, dass hier verbal doch etwas heftig argumentiert wird. Die Vereinbarung mit der Pfarrcaritas wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 4.9.1991 beschlossen und damals waren auch Gemeinderatsmitglieder dabei, die auch heute noch anwesend sind. Es ist sicherlich nicht seine Aufgabe, alte Beschlüsse neu aufzuwärmen.

Herr GR. Mair Rudolf stellt fest, dass auch Essen auf Rädern bei nur 3 Teilnehmern nicht abgeschafft wurde und so sollte es auch bei der Ganztagesbetreuung gehandhabt werden. Wenn zu Beginn nur 2 Kinder teilnehmen, können doch während des Jahres mehrere dazukommen.

Herr GR. Helmhart stellt fest, dass der Vizebürgermeister zu Beginn der Sitzung um gutes Gesprächsklima ersucht hat. Wenn aber Herr GR. Mair Josef zu Herrn GR. Aumayr sagt, der Antrag könnten Deine Worte sein, dann trägt dies nicht dazu bei. Die SPÖ ist sicherlich nicht so deppert, dass sie nicht einen eigenen Antrag formulieren könnten.

Im übrigen ist er der Meinung, dass Herr GVM. Schauer als Obmann des Sozialausschusses verpflichtet wäre, seine Leute zu informieren.

Herr GR. Faltyn berichtet, dass in einer Wochenzeitung bereits geschrieben wurde, dass der Ganztageskindergarten seit 1991 möglich ist. Er stellt daher die Anfrage an Herrn Vbgm. Weinzierl, ob er die Vereinbarung kennt.

Herr GVM. Hebertinger berichtet, dass 1996 eine Umfrage gemacht wurde, und sich damals sehr wenige Eltern für eine Ganztagesbetreuung ausgesprochen haben, u.a. weil keine Mittagsbetreuung möglich war. Dies wird sich jetzt mit den Zubau ändern und werden sich dann sicher auch mehr melden.

Herr GR. Weissenböck ist der Meinung, da beide Anträge No-Na-Anträge sind, dass eigentlich alle zustimmen müssten.

Herr GVM. Reichert ist der Meinung, wenn Herr GVM. Schauer nicht verpflichtet ist, seine Ausschussmitglieder laufend zu informieren, dann ist es auch kein Manko, dass SPÖ-Mitglied im Kindergartenbeirat nicht alles weiß.

Herr GR. Schatzl stellt fest, dass hier zwei Dinge vermischt werden, nämlich Sozialausschuss, in dem Kindergartenangelegenheiten behandelt werden und der Kindergartenbeirat. Herr GVM. Schauer ist Obmann des Sozialausschusses und Mitglied des Kindergartenbeirates. Er möchte aber auch betonen, dass es in der Argumentation nicht gegen die Ganztagesbetreuung geht.

Herr GVM. Mayr hat das Gefühl, dass die SPÖ deswegen verärgert ist, weil der Antrag bereits erledigt ist. Zu Herrn GVM. Reichert meint er, da auch dieser Obmann eines Ausschusses ist, ob er immer alle Verträge im Ausschuss vorliest.

Herr GR. Scheiterbauer stellt fest, dass vor zwei Jahren die Oppositionsparteien gegen den Kindergartenbau gestimmt haben und jetzt soll er auf einmal fertig sein und eine Ganztagesbetreuung möglich sein.

Herr GR. Faltyn sagt zu Herrn GR. Scheiterbauer, er solle keinen Blödsinn daherreden.

Herr GR. Aumayr ist der Meinung, dass die ÖVP einen Ganz-Tages-Kindergarten nicht garantieren will und daher unfair argumentiert. Man muss den Frauen aber diesen garantieren, sonst sind sie weg. Die ÖVP soll doch mit Kollegen reden, wie dies woanders gehandhabt wird.

Das Argument, Herr GVM. Reichert liest auch nicht alles vor in seinem Ausschuss, kann er nicht gelten lassen, da Herr GVM. Schauer viel länger im Amt ist.

Grundsätzlich ist er der Meinung, wenn ÖVP gegen den Antrag ist, dass sie dann auch gegen die Ganztagesbetreuung ist.

Frau GR. Humberger hatte ihre Kinder insgesamt 8 Jahre im Kindergarten und hat dabei feststellen müssen, dass nachmittags meist nur 5 – 10 Kindern anwesend waren.

Herr GVM. Schauer betont, er sei für die Ganztagesbetreuung. Ihn stört nur die Garantie über das Bedürfnis hinweg. Um zu einer gütlichen Einigung zu kommen, stimmt die ÖVP aber dem Antrag zu.

Herr GR. Faltyn entschuldigt sich daraufhin für seine hochgekommenen Emotionen und stellt fest, dass ihn die Entscheidung sehr wohlwollend stimmt.

Herr GR. Schatzl ergänzt noch, dass der Vertragspartner im Antrag richtigerweise Pfarr-Caritas heißen muss.

Herr GR. Aumayr ist der Meinung, dass sich der zuständige Ausschuss mit der Angelegenheit weiterbeschäftigen muss.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Herr GR. Weissenböck verlässt daraufhin aus beruflichen Gründen die Sitzung.

Zu Pkt. 16.) der TO.: Antrag der LF&U-Gemeinderatsfraktion

- a) Initiativantrag für eine einheitliche Kurzparkzone am Marktplatz**
- b) Initiativantrag für eine 30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung am Marktplatz**
- c) Initiativantrag für ein Schwerverkehrsfahrverbot am Marktplatz**

Herr GR. Aumayr berichtet namens der LF&U-Fraktion:

Da unsere Fraktion in den Ausschüssen kein direktes Antragsrecht hat, wir aber bisher sehr wohl versucht haben, das normale demokratische Entscheidungsprozedere in der Gemeinde einzuhalten und daher zahlreiche Ideen, Vorschläge und Initiativen in den Ausschüssen eingebracht haben, diese aber dort noch nicht eine entsprechende Berücksichtigung bzw. Unterstützung gefunden haben, wenden wir uns, in einer für Waizenkirchen wichtigen, Angelegenheit direkt an den Gemeinderat.

Die Parkplatzsituation am Marktplatz hat sich in den letzten Jahren durch das allgemein gestiegene Verkehrsaufkommen und die Situierung des Frequenzbringers SPAR merklich verschlechtert. Speziell an einem Donnerstag, Freitag und Samstag war und ist zu beobachten, dass Leute die in Waizenkirchen einen Einkauf tätigen wollen, auf Grund der zu hohen Anzahl von Dauerparkplätzen erst nach längerem Suchen einen Parkplatz finden.

Dies ist eine Situation, die auf Dauer unserer heimischen Kaufmannschaft und den Gewerbetreibenden, die in direktem Wettbewerb mit ihren Kollegen in Grieskirchen, Eferding und Peuerbach stehen, schaden kann.

Darum glauben wir, dass man dieser negativen Entwicklung mit einem Konzept, dass sich an einer einheitlichen Kurzparkzone am Marktplatz *orientiert und* die Dauerparkplätze auf ein absolutes Minimum (Anwohner ohne Parkmöglichkeit auf eigenem Grund, Post, Gendarmerie) reduziert, entgegnetreten kann.

Diese Lösungsmöglichkeit würde auch gleichzeitig einen nicht ganz unerheblichen Wettbewerbsvorteil für unsere Wirtschaftstreibenden bedeuten, da dann in ausreichender Anzahl Parkplätze zur Verfügung stehen und diese noch dazu gratis sind. Man denke dabei an Eferding, wo bereits Parkgebühren eingehoben werden und Grieskirchen, die kurz davor stehen Parkgebühren einzuheben.

Ein weiterer Vorteil dieses Konzeptes wäre sicherlich eine unmittelbare Verbesserung des Ortsbildes am Marktplatz, da sich die vielen Parkschilder dann auf nur vier bei den Einfahrten in die Kurzparkzone (Mayrhuber, Pillinger-Sparkasse, Raiffeisen-Schmutzart, Berndorfer Zistler) reduzieren.

Die Idee der einheitlichen Kurzparkzone sollte nach unseren Vorstellungen auch noch mit einer generellen Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h in dieser Zone flankiert werden. Diese begleitende Maßnahme würde eine Steigerung der Wohn- und Einkaufsqualität und auch der Sicherheit aller die nach Waizenkirchen einkaufen kommen, bedeuten. Für die Situierung der dafür notwendigen Verkehrstafeln wäre es sinnvoll, wenn man sie an den selben Plätzen vornimmt, die für die Ankündigung der Kurzparkzone vorgesehen werden.

Wenn man das Ziel von einer weitgehend beruhigten Verkehrs- und Einkaufszone, die man dann auch **entsprechend vermarkten kann, erreichen will**, ist es unserer Meinung nach auch erforderlich, längerfristig, auch den Schwerverkehr von und nach Grieskirchen mit geeigneten Maßnahmen (Fahrverbot i.V.m. Verbreiterung der Molkereistraße) vom Marktplatz nach Außen zu verlagern.

Ideen werden nie vollkommen ausgereift geboren. Sie entstehen nach und nach, und zu ihrer Entwicklung können viele Köpfe einen Beitrag leisten. Wir sind uns daher auch im Klaren, dass diese drei Initiativen im Detail in den zuständigen Ausschüssen, natürlich auch unter einer geeigneten Einbindung der unmittelbar Betroffenen (Anwohner, Wirtschaftstreibende, Pendler) noch eingehend diskutiert werden müssen, um sie dann in endgültiger Beschlussform dem Gemeinderat vorlegen zu können. Es wäre aber schade, wenn aus parteipolitischen Gründen, diese so glauben wir sehr guten Ideen, keine Realisierung erfahren.

Das LF & U - Waizenkirchen ersucht daher die Mitglieder des Gemeinderates diese Initiativen im einzelnen zu unterstützen und damit einer Zuführung dieser Angelegenheit in die Ausschussarbeit zuzustimmen.

Debatte:

Herr Vbgm. Weinzierl findet diese Ideen grundsätzlich sehr gut, sie sollten aber in den zuständigen Ausschüssen weiter behandelt werden.

Herr GR. Aumayr berichtet, dass die LF&U-Fraktion deshalb diesen Weg gewählt hat, weil ihre Vorschläge in den Ausschüssen zuwenig fruchtbringend waren.

Auch Herr GR. Faltyn hält den Antrag für sinnvoll, nur die 30 km/h-Beschränkung müsse man sich anschauen, da dies ohnehin in der StVO geregelt wäre.

Herr GR.Ers. Schmutzhart stimmt dem zu, es gibt aber trotzdem immer wieder Schnellfahrer.

Herr GVM. Hebertinger stellt fest, dass voriges Jahr bereits die Erweiterung der Kurzparkzone beschlossen wurde, warum wurde diese noch nicht umgesetzt.

Der Amtsleiter berichtet, dass die Verordnungsprüfung vom Land noch nicht zurück ist.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 17.) der TO.: Abänderung der Altenheimgebührenordnung – Beratung und Beschlussfassung - DRINGLICHKEITSANTRAG

Herr Vizebürgermeister Rudolf Weinzierl berichtet:

Von der Altenheimverwaltung konnte in Erfahrung gebracht werden, dass bei den nach den Bestimmungen der Oö. Alten- und Pflegeheimverordnung vorzuschreibenden Pflegezuschläge-Höchstbeiträge (80 % der Pflegestufe) noch die Mehrwertsteuer aufgeschlagen werden kann. Dies bedingt aber eine Änderung der Altenheimgebührenordnung.

Vizebürgermeister Weinzierl stellt daher folgenden Antrag:

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Heimgebührenordnung der Marktgemeinde Waizenkirchen wird wie folgt abgeändert:

I.

§ 3 Vergütung von Sonderleistungen hat zu lauten:

**§ 3
Vergütung von Sonderleistungen**

Die Kosten der Errichtung und Betriebes eines privaten Telefonanschlusses trägt der Heimbewohner.

Solange das Zimmer nach einem Todesfall von den Verfügungsberechtigten über den Nachlaß nicht geräumt ist, ist das Freihalteentgelt gem. § 4 sinngemäß zu entrichten.

Von der separaten Einhebung von Gebühren für Sonderleistungen (Betrieb eines Rundfunk- oder Fernsehgerätes usw.) wird Abstand genommen. Diese Sonderleistungen sind im Standardangebot erfaßt und somit im Standardentgelt berücksichtigt.

§ 6 Entgelttarife hat zu lauten:

§ 6

Entgelttarife

1. Entgelt für Grundversorgung gem. § 2 der OÖ. Alten- und Pflegeheimverordnung (in der Fassung LGBl.Nr. 123/1996) inkl. MWSt.

	täglich	
Einbettzimmer mit Balkon	S 495,--	Euro 35,97
Einbettzimmer ohne Balkon	S 484,--	Euro 35,17
Zweibettzimmer mit Dusche	S 440,--	Euro 31,98

2. Pflegezuschlag für Betreuung und Pflege gem. § 25 der OÖ. Alten- und Pflegeheimverordnung (in der Fassung LGBl.Nr. 123/1996)

Unbeschadet des § 25 Abs. 4 u. 5 OÖ. Pflegeheimverordnung, LGBl.Nr. 29/1996, ist Grundlage für den zu entrichtenden Zuschlag die jeweilige Einstufung des Heimbewohners in einer Pflegestufe nach dem Bundespflegegeldgesetz oder dem jeweiligen Landes-Pflegegeldgesetz und der hiezu ergangenen jeweiligen Einstufungsverordnungen.
Der Pflegezuschlag beträgt

- a) in der Stufe 1: den um das Taschengeld verminderten Betrag
 b) in den Stufen 2 bis 7: 80 % des Betrages der jeweiligen Stufe + 10 % MWSt.
 jeweils zuzüglich allfälliger Ausgleichszulagen nach den Pflegegeldgesetzen.

Die Höhe des Pflegegeldzuschlages beträgt demnach derzeit:

Beträge **exkl.** MWSt

	monatlich		täglich	
in der Stufe 1				
Für Heimbewohner, bei denen der Anspruchsübergang vor dem 1.5. 1996 erfolgte	S 1.497,--	€ 108,79	S 49,90	€ 3,63
Für Heimbewohner, denen das Pflegegeld bereits vor dem 1.5. 1996 zugesprochen wurde und der	S 2.066,--	€ 150,14	S 68,90	€ 5,01
Anspruchsübergang ab dem 1.5. 1996 erfolgt				
Für Heimbewohner, denen das Pflegegeld ab 1.5.1996 zuge- sprochen wird	S 1.431,--	€ 103,99	S 47,70	€ 3,47
In der Stufe 2				
Für Heimbewohner, bei denen der Anspruchsübergang vor dem 1.5. 1996 erfolgte	S 2.550,--	€ 185,32	S 85,--	€ 6,18
Für Heimbewohner, bei denen der Anspruchsübergang ab dem 1.5. 1996 erfolgt	S 2.950,--	€ 214,38	S 98,30	€ 7,14
In der Stufe 3	S 4.552,--	€ 330,81	S 151,70	€ 11,02
In der Stufe 4	S 6.828,--	€ 496,21	S 227,60	€ 16,54
In der Stufe 5	S 9.273,--	€ 673,90	S 309,10	€ 22,46
In der Stufe 6	S 12.645,--	€ 918,95	S 421,50	€ 30,63
In der Stufe 7	S 16.859,--	€ 1.225,19	S 562,--	€ 40,84

3. Verpflegskostenanteil

Der Kostenanteil wird mit S 44,-- (€ 3,20) pro Tag (inkl. gesetzl. MWSt.) festgesetzt.

4. Zimmer-(Betten-)freihalteentgelt

Das Freihalteentgelt ist pro Kalendertag mit dem vollen Satz des Standardentgeltes abzüglich des Kostenanteiles laut Punkt 3. zu berechnen. Ein eventueller Pflegezuschlag ist nur

abzuziehen, wenn der Anspruch auf Pflegegeld im Sinne der Pflegegeldgesetze des Bundes und der Länder ruht.

5. Sondervergütungen

Keine.

6. Entgelt für Verpflegung und Unterkunft des Personals

Frühstück/Jause.....	S 10,--	€ 0,73	inkl. MWSt.	
Mittagessen		S 28,--	€ 2,03	inkl. MWSt.
Abendessen	S 18,--	€ 1,31	inkl. MWSt.	
Zimmer pro Person im Monat.....	S 350,--	€ 25,44	inkl. MWSt.	

7. Sonstiges

Außertourliche Reinigungsarbeiten, Desinfektion, Malerarbeiten bei Übersiedlungen, Kündigungen usw. werden nach dem tatsächlichen Aufwand in Rechnung gestellt.

8. Sicherstellungsbetrag

Zur Sicherstellung der Heimgebühren ist beim Heimeintritt für den Austritts- bzw. Sterbemonat von den Selbstzahlern ein Sicherstellungsbetrag in Höhe von S 16.500,-- (€ 1.199,10) zu erlegen. Der Sicherstellungsbetrag ist von der Heimverwaltung zinsbringend anzulegen.

II.

Die Änderung wird mit 1. April 2000 wirksam.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 19, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 19 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Die Herren GVM. Reichert, GR. Faltyn, GR. Schatzl, GR. Vierziger und GR. Degeneve waren während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Zu Pkt. 18.) Allfälliges

a) Dr. Reininger; Beendigung des Kassenvertrages

Herr Vbgm. Weinzierl berichtet, dass Herr Dr. Reininger mitgeteilt hat, dass er seinen Kassenvertrag per 30.6.2000 kündigt. Er wird sich in Hinkunft vermehrt der Akupunktur widmen und nur mehr Privatpatienten behandeln. Die Stelle von Herrn Dr. Reininger wird jedoch ausgeschrieben und wieder mit einem Arzt nachbesetzt, sodass auch in Hinkunft drei praktische Ärzte in Waizenkirchen tätig sein werden.

b) Aktion „Licht ins Dunkel“

Der Vorsitzende berichtet, dass sich die Aktion „Licht ins Dunkel“ für die Spende der Gemeinderatsmitglieder in der Höhe von S 8.800,-- in einem Schreiben bedankt hat.

c) Güllförderung

Herr GR. Helmhart stellt an Herrn GVM. Hinterberger eine Anfrage wegen der Auszahlung der landw. Förderungen, wie etwa Vatertierhaltung und zwar, wie viel ausgezahlt wurde und wer die Auszahlungen angeordnet hat, da die ganze Angelegenheit wieder am Ausschuss vorbei abgewickelt wurde.

Der Amtsleiter erklärt, dass die Auszahlungen für die Vatertierhaltung lt. Gemeinderatsbeschluss erfolgen.

Herr GVM. Hinterberger berichtet, dass die Güllförderung in der nächsten Ausschusssitzung behandelt wird.

Herr GR. Helmhart kritisiert, dass dies dann aber wiederum nur eine Vollzugsmeldung sein wird.

d) Anträge der Ehegatten Helmhart

Herr GR. Helmhart stellt die Anfrage, warum nur ein Antrag dem Ausschuss zur Behandlung zugewiesen wurde, der zweite jedoch nicht.

Der Amtsleiter erklärt, dass dieser von Amts wegen erledigt wird.

e) Betonmischanlage Eder, Parzham

Herr GR. Faltyn berichtet, dass er gehört hat, dass der Bürgermeister bei Anfragen von Nachbarn bezüglich der geplanten Asphaltmischanlage nicht einmal die Pläne erklärt hat. Er findet diese Vorgangsweise für nicht richtig und ersucht den Vizebürgermeister dies dem Bürgermeister auszurichten.

f) Entfeuchtungsgerät

Herr GVM. Reichert berichtet, dass er in der letzten Gemeinderatssitzung ein Anbot für ein Entfeuchtungsgerät vorgelegt hat und stellt die Anfrage, ob das Gerät schon bestellt wurde.

Der Amtsleiter erklärt, dass die Bestellung heute weggegangen ist.

g) Fraktionsanträge

Herr GVM. Reichert freut es, dass heute 2 Fraktionsanträge die Zustimmung des gesamten Gemeinderates gefunden haben, leider war seiner nicht dabei.

h) Bericht über Gemeinderatssitzung in Gemeindenachrichten

Herr GR. Aumayr ersucht, dass bei den Berichten über die Gemeinderatssitzung in den Waizenkirchner Gemeindenachrichten auch das jeweilige Stimmverhalten genau dargestellt wird.

i) Grundankauf Friedhofserweiterung

Herr GR. Aumayr macht den Vorschlag, dass vom angekauften Grund für die Friedhofserweiterung zwei Parzellen verkauft werden sollen, da die übrigbleibende Fläche auch noch groß genug ist und der Erlös daraus für die Finanzierung verwendet werden soll.

Für Herrn Vbgm. Weinzierl ist dieser Vorschlag zumindest überlegenswert.
Herr GR. Aumayr stellt die Anfrage, welcher Ausschuss dafür zuständig sei.
Der Vizebürgermeister erklärt, dass dafür der Raumordnungsausschuss zuständig ist.

---o0o---

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegenen Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 6.3.2000 wurden keine Einwände erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 23.35 Uhr.

Vorsitzender

Gemeinderat

Schriftführer

Gemeinderat

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde*.

Waizenkirchen, am _____

Vorsitzender:

*) Nichtzutreffendes streichen